

DIE LINKE.

LANDESVERBAND BREMEN

26. Landesparteitag

27. September 2020

Bürgerzentrum Vahr

Antragsheft II

INHALT:

T – Antrag zur Tagesordnung	Seite 23
L – alternativer Leitantrag	Seite 24
S – Satzungsändernde Anträge	Seite 31
S5 Verbot mehrere Ämter	Seite 31
A – Anträge an den Landesparteitag	Seite 32
A8 – Friedenspolitische Forderungen verstärken	Seite 32
A9 – Europäische BI bedingungsloses Grundeinkommen	Seite 33
A10 – Aufruf aus der Friedensbewegung unterstützen	Seite 34
A11 – Verbesserung Unterbringung Geflüchtete	Seite 35
A12 – neue Austauschformate in der LINKEN	Seite 40
A13 – Antitassismus und Kolonialgeschichte lehren	Seite 42
A14 – Biodiversität	Seite 43
A15 – Vonovia schnellstmöglich enteignen	Seite 44
A16 – kostenloser ÖPNV ab 01.01.2021	Seite 45
A17 - Interessenvertretung	Seite 47

Zusammenstellung: Andreas Hein-Foge

Druck: Landesgeschäftsstelle DIE LINKE. Bremen

T1.1 Tagesordnung und Zeitplan

Antragsteller*innen: Christoph Spehr, Cornelia Barth, Heiko Gottschall

Vorschlag einer geänderten Tagesordnung des 26. Landesparteitages am 27. September 2020

Anmeldung der Delegierten	ab 13.00 Uhr
TOP 1 Begrüßung	14:00
TOP 2 Beschluss der Tagesordnung und des Zeitplanes	14:05
TOP 3 Grußwort Amira Mohamed Ali, Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Deutschen Bundestag	14:10
TOP 4 Bericht MdB Doris Achelwilm	14:30
TOP 5 Neuordnung der politischen Landschaft im Bund – Aufgaben der LINKEN im Land Bremen	
5.1 Einführung Leitantrag	14:50
5.2 Debatte Block 1: Bundespolitik	15:00
5.3 Debatte Block 2: Landespolitik und Parteientwicklung	15:40
5.4 Beschlussfassung über den Leitantrag	16:20
TOP 6 Satzungsändernde Anträge	16:35
TOP 6 Anträge an den Landesparteitag	17:00
TOP 7 Schlusswort /Ende des Parteitages	18:15

Begründung:

Damit sich die Redner*innen sinnvoll aufeinander beziehen können, wird die Debatte zum Leitantrag in 2 Blöcke strukturiert. Dafür ist es sinnvoll, den Bericht zur Bundestagsarbeit vor den Debattenblock zur Bundespolitik zu ziehen. Eine eigene Aussprache zum Bericht der Bundestagsabgeordneten kann dann entfallen. Die gewonnene Zeit wird für die Beratung und Beschlussfassung zu den weiteren Anträgen eingesetzt.

Es bleibt dem Präsidium wie immer unbenommen, dem Parteitag vorzuschlagen, einzelne Anträge zur Beschlussfassung in der Tagesordnung vorzuziehen.

L – Leitantrag

L2 – alternativer Leitantrag

Antragsteller*innen: AKL Bremen

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Die Linke Bremen:**
2 **Für eine solidarische Gesellschaft**
3 **Demokratisch, dem Frieden verpflichtet,**
4 **klimaneutral und ökologisch,**
5 **die Mitbestimmung ausbauen,**
6 **und die Soziale Spaltung überwinden**

7 Mit der Bundestagswahl im Herbst nächsten
8 Jahres geht eine Ära zu Ende. Dann vollendet
9 sich in der Bundesrepublik das vierte
10 Jahrzehnt einer Ära des sich immer
11 zerstörerischer gebärdenden Neo-
12 Liberalismus. Die soziale Spaltung der
13 Gesellschaft hat ein nie erreichtes Ausmaß
14 angenommen, die Zerstörung der Umwelt
15 eilt, trotz gegenteiliger Beteuerungen
16 ungehindert voran. Gleichzeitig beteiligt sich
17 das seit nunmehr 30 Jahren wieder vereinigte
18 Deutschland immer stärker im Verbund mit
19 seinen imperialistischen Partnern an einer
20 neo-kolonialen Politik und forciert
21 militärische Interventionen auf allen
22 Kontinenten, statt sich an friedensstiftenden
23 diplomatischen Initiativen zu beteiligen und
24 dadurch außenpolitische Verantwortung zu
25 übernehmen.

26 Die verschiedenen Konflikte in vielen
27 Weltregionen werden militärisch angeheizt,
28 dabei bedienen sie sich Deutscher Waffen.
29 Deutsche Konzerne sind auf allen
30 Kontinenten an der gewinnbringenden
31 Ausbeutung der einheimischen Bevölkerung
32 und der dortigen Rohstoffe beteiligt. Die
33 Folge eines derart zerstörerischen

34 Wirtschaftens im Dienste allein des Profits
35 sind Umweltzerstörung, Verwüstung, Tod;
36 Auswanderungs- und Fluchtbewegungen
37 insbesondere aus dem Nahen und Mittleren
38 Osten sowie des afrikanischen Kontinent in
39 die EU, sowie Migrationsbewegungen aus
40 Lateinamerika auf den nordamerikanischen
41 Kontinent.

42 Wir werden uns im kommenden Jahr im
43 zweiten Jahr einer Krise befinden, die sich
44 bereits im Spätsommer 2019 abzeichnete und
45 durch die Corona-Pandemie und die darauf
46 notwendigen politischen Antworten manifest
47 wurde. Viele dieser Maßnahmen, die von den
48 Regierungen ergriffen wurden, sind ein
49 Eingriff in das Wirtschaftsleben und
50 widersprechen dem vorherrschenden
51 neoliberalen Modell.

52 Große Teile der Entscheidungsträger
53 wünschen sich daher eine Rückkehr zum in
54 der derzeitigen Krise überholt geglaubten
55 Modell. Deshalb soll wohl im Vorfeld der
56 Bundestagswahl im nächsten Jahr der
57 Versuch unternommen werden, die
58 oppositionellen Kräfte an dieses aus dem
59 Ruder gelaufene Modell zu binden und in ein
60 auf neuer, entwickelteren Stufe – ergänzt um
61 Industrie 4.0 – einzuzwängen. Die derzeitige
62 Delegation des Regimes der Austerität
63 soll erneut, diesmal mit dem Segen der
64 oppositionellen Kräfte, als einzig legitimes
65 Modell gelten. Die Linke wird sich diesem
66 Ansinnen nicht unterordnen.

67 Seit Gründung der LINKEN hat im Bund
68 durchweg die CDU/CSU mit wechselnden
69 Koalitionspartner*innen regiert. Eine Vielzahl

- 70 politischer Entwicklungen und Krisen
71 erschüttern seither das Land und die Welt.
- 72 Nach langem Hin und Her wurde der Ausstieg
73 aus der atomaren Stromerzeugung in Folge
74 der Fukuschimakatastrophe in die Wege
75 geleitet.
- 76 Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise und
77 die darauf folgende Eurokrise haben die
78 Austeritätspolitik verschärft und zu größeren
79 Ungerechtigkeiten innerhalb der EU geführt,
80 so dass die Spaltungstendenzen in der EU
81 zunahm. Das führte auch zum Ausscheiden
82 Großbritanniens aus der Union durch einen
83 Volksentscheid im Jahr 2016.
- 84 Die ökonomischen Verwerfungen durch
85 imperialistische kriegs- und neokoloniale
86 Wirtschaftspolitik löste Fluchtbewegungen
87 aus. Dies machte die Aufnahme der
88 Geflüchteten aus Syrien und aus Afrika
89 notwendig. Rechte Parteien machen sich
90 daraus erwachsene Unsicherheiten und
91 Ressentiments in Teilen der Bevölkerung
92 zunutze.
- 93 Nun stecken wir mitten in einer
94 Wirtschaftskrise, die sich bereits im
95 vergangenen Spätsommer 2019 abzeichnet.
96 Diese wurde durch die notwendigen
97 politischen Maßnahmen zur Eindämmung der
98 Corona-Pandemie verstärkt.
- 99 Die Klimakrise erfordert, initiiert durch die
100 größten Massenproteste seit langem, nun
101 neuen Mut zu effizientem politischen
102 Handeln.
- 103 Digitalisierung, die Zunahme von Armut und
104 sozialer Spaltung, wachsende Unsicherheit
105 über die wirtschaftliche Zukunft und die
106 Aushöhlung politischer und
107 gewerkschaftlicher Gestaltungsmöglichkeiten
108 durch globale Produktionsketten und
- 109 multinationale Konzerne – all das verlangt
110 Antworten.
- 111 **Wo steht die Linke heute?**
- 112 Die Parteien und die Parteienlandschaft
113 haben sich verändert und die Regierungs-
114 koalitionen in den Ländern und Kommunen
115 sind höchst unterschiedlich geworden. Die
116 Krise, die durch Corona verstärkt wurde, hat
117 das Potenzial, ein Wendepunkt zu werden.
118 Dafür sprechen z.B. gewerkschaftliche
119 Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung oder
120 die Bereitschaft, wirtschaftliche Impulse in
121 den Dienst von klimapolitischer
122 Transformation zu stellen.
- 123 Eine Fortsetzung der Union-SPD-Koalition im
124 Bund ist unwahrscheinlich geworden, die
125 zukünftige politische Ausrichtung der
126 CDU/CSU ist unsicher. Die SPD hat sich
127 erstmals vor einer Bundeswahl als offen für
128 eine rot-rot-grüne Koalition positioniert. - Gut
129 und schön.-
- 130 Aufgabe der LINKEN ist es mit Bewegungen,
131 Gewerkschaften, Initiativen, zivilgesell-
132 schaftliche Akteur*innen und
133 gesellschaftliche Bündnisse fortschrittliche
134 Antworten auf die drängenden Fragen
135 einfordern und für notwendige
136 Veränderungen mobilisieren. Hier muss sich
137 Die Linke als zuverlässiger Bündnispartner
138 oder als Transmissionsriemen erweisen.
- 139 Die durch Corona verschärfte
140 Wirtschaftskrise hat viele neoliberale
141 Dogmen angezählt: Schuldenbremse,
142 Fallpauschalen, Privatisierung, Deregulierung
143 des Arbeitsmarktes, dem Markt zu
144 unterwerfende politische Steuerung, den
145 schlanken Staat, dem allein nur noch
146 sicherheitspolitische Aufgaben zufallen
147 sollen.
- 148 Aber sollte die Schuldenbremse wieder scharf
149 gestellt werden, bei gleichzeitigen

150 Einnahmeausfällen durch die
151 Wirtschaftskrise, können die Kommunen
152 ihren Aufgaben nicht mehr nachkommen,
153 massive Verteilungskämpfe würden
154 ausgelöst, und die Investitionen in den
155 notwendigen klimapolitischen Umbau blieben
156 aus – auch gegen jede noch so dürftig
157 ausfallende Festschreibung, wie sie jetzt vom
158 BMfWi vorgelegt wurde.

159 Wenn die Gesundheitspolitik nicht auf eine
160 solidarische Finanzierung umgesteuert wird
161 mit Selbstkostendeckung statt Fallpauschalen
162 (DRGs) im Krankenhaus, Bürgerversicherung
163 statt Zwei-Klassen-Medizin, Vollversicherung
164 der Pflegekosten statt „Teilkasko“, wird die
165 notwendige Stärkung des
166 Gesundheitssystems nicht stattfinden.

167 Wenn Tarifbindung und Mindestlohn nicht
168 deutlich erhöht werden, wenn kein Weg zur
169 Überwindung von Hartz IV und
170 Ausbildungsnotstand eingeschlagen wird,
171 wird Armut sich weiter verfestigen und Arbeit
172 immer weniger Sicherheit geben.

173 Ohne mehr Tempo bei Kohleausstieg,
174 Verkehrswende und wirtschaftlicher
175 Transformation werden die unverzichtbaren
176 Klimaziele nicht mehr erreicht.

177 **Aufgaben der Partei in Bremen**

178 Die Rot-Grün-Rote Koalition in Bremen, geht
179 in ihr zweites Jahr.

180 Mit der LINKEN darf es keinen Abbau sozialer
181 Leistungen, keine Privatisierung, keine
182 Beschäftigtenopfer im öffentlichen Dienst
183 oder in den Krankenhäusern geben.

184 Die Mühen der Ebene als Mitregierungspartei
185 sind unübersehbar. Die
186 Koalitionsverhandlungen und die ersten
187 Haushaltsverhandlungen haben den Weg
188 eröffnet, die Folgen von zwölf Jahren
189 Sanierungsdiktat zu überwinden. Eine soziale,

190 ökologische und beschäftigungsorientierte
191 Politik sollte angestrebt werden. Für viele
192 eigentlich vereinbarte Projekte fehlt
193 allerdings immer noch ein Senatsbeschluss,
194 eine Finanzierungszusage, ein ausführbares
195 Konzept, ein Umsetzungsprozess und
196 schließlich eine Realisierung. Die
197 wirtschaftlichen Interessengruppen mit ihrer
198 Lobbyarbeit, im Einklang mit medialem Druck
199 und eingefahrenen Verwaltungsprozessen,
200 führt zu sehr unterschiedlichen
201 Umsetzungsgeschwindigkeiten. Dadurch wird
202 die soziale Spaltung in den beiden Städten
203 des Landes vertieft und nicht überwunden.

204 Das Tempo, in dem seit dem Ausbruch von
205 Covid-19 Maßnahmen ergriffen,
206 Verordnungen erlassen und Strukturen
207 verändert wurden, steht in keinem Verhältnis
208 zur Langsamkeit, mit der zentrale Anliegen
209 der Koalition bearbeitet bzw. gebremst
210 werden. Im Bereich der Mieten-,
211 Wohnungsbau- und Bodenpolitik hat sich,
212 entgegen der einhelligen Beschwörungen im
213 Koalitionsvertrag, in der Praxis noch wenig
214 geändert. Es gibt keinen Bodenfonds, keine
215 Abkehr vom öffentlichen Flächenverkauf,
216 keine veränderte Mietenpolitik der
217 kommunalen Wohnungsgesellschaften,
218 keinen verstärkten Einsatz von Erbpacht,
219 keine Perspektive wie der Stand von 8.000
220 stadtbremischen Sozialwohnungen bis zum
221 Ende der Legislaturperiode erreicht werden
222 soll.

223 Die Liste von Dingen, die nach breiter
224 Überzeugung dringend geschehen müssten,
225 aber nicht passieren, ist lang: Der Stopp des
226 Ausverkaufs und der Hyper-Gentrifizierung im
227 Neuen Hulsberg-Viertel; die Finanzierung des
228 kommunalen Kinderklinik-Neubaus in
229 Bremerhaven; der Ankauf von
230 Belegbindungen; der Corona-Bonus für die
231 Pflegekräfte im Krankenhaus; die Auflösung
232 von vertikalen Massenunterkünften für

233 Geflüchtete; die entschiedene Förderung von
234 Bereichen mit hohem
235 Beschäftigungswachstum wie der
236 Gesundheitswirtschaft, wissensintensiven
237 Dienstleistungsbereichen, sowie der Kreativ-
238 und Digitalwirtschaft als Antwort auf die
239 Wirtschaftskrise.

240 **Politik kann man nicht bestellen, man muss**
241 **sie machen.**

242 Es ist nötig, die konkreten Möglichkeiten an
243 denen sich DIE LINKE in Bremen orientieren
244 sollte, darzustellen.

245 *Arbeitsplätze und Gesundheitsschutz*

246 Bei der Einrichtung neuer Arbeitsplätze wird
247 der Senat aufgefordert, Arbeits- und
248 Gesundheitsschutz aller Mitarbeiter zu
249 sichern und zu fördern. Dazu gehört die
250 entsprechende Ausstattung (wie z.B.
251 höhenverstellbare Schreibtische,
252 konsequente Trennung von Druck- und
253 Arbeitsplätzen in den Büros usw.), sowie die
254 Berücksichtigung des Arbeitsschutzes in allen
255 neu zu schaffenden Bereichen.

256 Die Erhöhung des Landesmindestlohnes auf
257 ein Niveau, das armutsfeste Renten
258 garantiert. Nach heutigen Berechnungen
259 wirkt erst ein Mindestlohn ab 15,- € auf die
260 Rente armutsmindernd.

261 Die LINKE fordert ein Investitionsprogramm.
262 Dabei ist eine ökonomische wie auch
263 ökologische Förderung der Unternehmen
264 notwendig, welche die Arbeitsplätze
265 gemeinsam mit Gewerkschaften und
266 Umweltverbänden schaffen. Es ist auch
267 Aufgabe der LINKEN bei der
268 Selbstermächtigung der Beschäftigten, der
269 Arbeiter*innenklasse in der Produktion und
270 in den Dienstleistungssektoren,
271 unterstützend zu wirken. Und dies nicht nur

272 im Nachgang zur derzeitigen, durch die Anti-
273 Coronamaßnahmen verstärkten
274 Wirtschaftskrise.

275 Die Arbeitnehmer*innen sind umfassend
276 weiter zu bilden, nicht nur damit die Arbeits-
277 plätze sowohl bei der Einführung der
278 Digitalisierung (Industrie 4.0), als auch bei der
279 ökologischen Umstellung der Produktion
280 gesichert werden. Diese Bildungsoffensive
281 kann zur Selbstermächtigung der
282 Beschäftigten beitragen.

283 Die Einbeziehung von Initiativen in die
284 Personalplanung der sozialwirtschaftlichen
285 Betriebe ist zu forciert werden. Die
286 Auslagerung von Dienstleistungsbereichen in
287 gesonderte Firmen muss rückgängig gemacht
288 werden, um wieder ordentliche Tarifverträge
289 zu ermöglichen. .

290 Die DRGs (Fallpauschalen) auf der einen Seite
291 und die Investitionszuschüsse auf der
292 anderen Seite, die zur Zeit zur Finanzierung
293 der Krankenhäuser beitragen sollen, müssen
294 auf real anfallende Bedarfe umgestellt
295 werden. Gerade in der Corona-Krise zeigte
296 sich, dass die Versorgung mit genügend
297 Intensivbetten sichergestellt sein muss, um
298 das Gesundheitssystem nicht zu überlasten.
299 Zwar wurde während der Hochzeit der
300 Corona-Pandemie und den Covid 19
301 Erkrankungen die Krankenhausfinanzierung
302 auf neue Beine gestellt, aber sowohl die
303 fehlende personelle Ausstattung, als auch die
304 Infrastruktur der Kliniken müssen so gestaltet
305 werden, dass Ressourcen zur Bewältigung
306 von besonderen Lagen, wie zur Zeit,
307 grundsätzlich zur Verfügung stehen.

308 Noch vor zwei Jahren hatte die Partei ein
309 Volksbegehren unterstützt, das die
310 Personalbemessung für die pflegerischen
311 Berufe so berechnet, wie einst der damalige
312 Gesundheitsminister Seehofer vorgeschlagen
313 hatte, ehe dies aus neoliberalen Gründen

314 wieder geändert wurde. Danach fehlen allein
315 in Bremen 1600 Pflegekräfte. Mit einer
316 Veränderung der Gehaltsstruktur >>20 %
317 mehr sind angemessen, das entspricht
318 ungefähr dem Lohnunterschied zu
319 Leiharbeitskräften in der Pflege<< wird man
320 gemeinsam mit einer Attraktivitätssteigerung
321 das nötige Personal finden. Die alleinige
322 Wertschätzung nur durch Beklatschen wie in
323 März und April reicht dazu nicht aus.

324 *Soziale Gerechtigkeit*

325 Die Fraktion und die senatorischen Mitglieder
326 der Regierung werden aufgefordert,
327 Bundesratsinitiativen zu initiieren, die auf die
328 grundsätzliche Veränderung des derzeitigen
329 demütigenden Hartz IV - Sanktionsregimes
330 und seine unzureichenden Regelsätze
331 hinwirken.

332 Bei der Rekommunalisierung der Energie- und
333 Wasserversorgung ist ein System
334 anzustreben, das eine Auszahlung der
335 Ökosteuern als Kopfpauschale vorsieht und
336 generell einen Grundfreibetrag des Bezugs
337 von Energie und Wasser gewährleistet. Auch
338 das dient der Klimagerechtigkeit, um die
339 Wende in der Klimapolitik in der Breite
340 zustimmungsfähig zu machen.

341 Der derzeitige Bau von neuen
342 Sozialwohnungen ist unzureichend. Die LINKE
343 setzt sich weiterhin für ein bedarfsgerechtes
344 Wohnungsbauprogramm von 5000
345 kommunalen Wohnungen, sowie die
346 Enteignung von Vonovia, Deutsche Wohnen
347 & Co. ein. Neu-gründungen von
348 Wohnungsbaugenossenschaften, die die
349 Gemeinnützigkeit erhalten, müssen
350 unterstützt werden. Mögliche Beiträge zum
351 Eintritt in eine solche Genossenschaft sind
352 von den entsprechenden Trägern (Jobcenter,
353 Sozialamt, etc.) zu übernehmen, wenn die
354 Bewerber*innen nicht ein Einkommen
355 überschreiten, das zur Berechtigung auf die

356 Anwartschaft einer sozial geförderten
357 Wohnung dient.

358 Alle Wohnungen müssen barrierefrei sein.
359 Dadurch ist von vorn herein eine
360 Diskriminierung von Menschen, die unter den
361 gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen
362 nicht den Anforderungen („Der Norm“)
363 entsprechen, zu verhindern.

364 Neu zu erschließende Wohnquartiere führen
365 durch unterschiedliche Bebauungsformen
366 nicht zur Vermischung unterschiedlicher
367 Klassen und Schichten. So bleibt die soziale
368 Stigmatisierung weiterhin sichtbar und kann
369 nicht zu einem solidarischen Miteinander in
370 der Nachbarschaft führen. Durch die
371 Beseitigung dieser Ungleichheiten kann die
372 Solidarität in den Quartieren gestärkt
373 werden.

374 Wie in der Frauenförderung und der
375 Diversitätsförderung üblich, soll es ebenfalls
376 eine Regierungsbeauftragte für Arbeit und
377 soziale Gerechtigkeit geben, die in der Lage
378 ist, die Initiativen hierzu zu vernetzen und alle
379 Regierungsvorhaben auf ihre Auswirkungen
380 zu diesem Thema zu evaluieren.

381 Zur Stärkung der sozialen Gerechtigkeit ist es
382 unbedingt notwendig, weiterhin die
383 Frauenförderung zu forcieren und die weitere
384 Integration migrantischer Bevölkerungsteile
385 zu fördern, dem faktischen und strukturellen
386 Ableismus ist ein Ende zu setzen.

387 Die Bekämpfung der Kinderarmut ist genauso
388 wichtig wie die Bekämpfung der Altersarmut.
389 Als ersten Schritt fordern wir deshalb die
390 gleichen Vergünstigungen, wie sie den
391 Kindern gegeben werden sollen.

392 Die Bezahlungen in den öffentlichen Diensten
393 muss an der tatsächlich geleisteten Arbeit
394 bemessen, und darf nicht von der
395 Haushaltslage der jeweiligen Kommune
396 abhängig sein. Zum Beispiel ist Sozialarbeit im

397 Kinder- und Jugendbereich keineswegs
398 anspruchsvoller als im Erwachsenen- und
399 Altenbereich. Hier ist die Bezahlung an das je
400 höhere Niveau anzugleichen.

401 *Klimapolitik und Verkehrswende*

402 Das Lippenbekenntnis zum attraktiveren
403 ÖP(N)V reicht nicht aus. Die Taktung muss
404 konsequent verbessert und die Frequenz
405 erhöht werden. Dazu ist bei den
406 Verkehrsträgern entsprechend zu
407 intervenieren. Neben dem Sozialticket soll
408 auch für Geringverdiener*innen ein
409 Seniorenticket treten. Das Monatsticket
410 könnte wie das Wochenticket gleitend zum
411 31-Tage-Ticket werden.

412 Bremen benötigt nicht allein innenstadtnahe
413 Radverkehrswege, sondern darüber hinaus
414 wirkliche Schnellradwege, die die Stadtteile
415 miteinander als autokreuzungsfreie Wege
416 ohne Störung durch Autoverkehr verbinden
417 und zusätzlich ins Umland führen. Sie müssen
418 eine Breite aufweisen, die das schnellere
419 Fahren von Rennrädern oder E-Bikes ohne
420 Gefährdung anderer Teilnehmer genauso
421 gestattet, wie Fahrten mit Anhängern oder
422 Transporträdern. Das bisherige
423 Umbauprogramm wird dem in keiner Weise
424 gerecht und ist eigentlich schon 35 Jahre
425 veraltet. DIE LINKE setzt sich für eine
426 umgehende Änderung gegenüber der
427 bisherigen Planung ein.

428 Der Ausbau der Linien 1 und 8 reicht nicht
429 aus. Neue Linien sind in die Planung mit
430 einzubeziehen. Bisher mit Bussen geführte
431 Linien in den Querverbindungen sind durch
432 Straßenbahnen und zusätzlichen Überwegen
433 über unser Flusssystem zu ersetzen. Nur so
434 könnte sich eine Staufreiheit einstellen. So
435 lange Busse und Bahnen im Stau stehen, wird
436 der ÖPNV nicht attraktiver. Freie Fahrt reicht
437 sonst nicht aus, um die Verkehrswende zum
438 Erfolg zu führen. Isolierte, abgehängte

439 Quartiere sind dann wieder einzubinden,
440 gegebenenfalls mittels AST
441 (Anrufsammeltaxen als Kleinstbusse). Die
442 Bedürfnisse und Erfordernisse einer
443 Verkehrswende müssen ebenfalls mit den
444 vielen Initiativen gemeinsam geplant werden.

445 Im Moment scheitert eine sinnvolle
446 bremische Förderung der energetischen
447 Sanierung der Gebäude am großen Mangel
448 an Handwerkern. Deshalb erwartet DIE LINKE
449 vom Senat eine Fristenverlängerung der
450 Förderung. Vor allem der Mietwohnungsbau
451 und die öffentlichen Gebäude bedürfen einer
452 weiteren beschleunigten Sanierung. Dazu
453 sind die Mittel entsprechend umzusteuern.
454 Ebenso ist eine umfassende Förderung der PV
455 mit dem lokalen Energieversorger, der in
456 kommunale Hand gehört, zu planen.

457 Zur Klimaneutralität und der Rettung der
458 Biodiversität gehört die Einrichtung einer
459 sach- und fachkompetenten Arbeitsgruppe,
460 die die Arbeiten von Stadtgrün inhaltlich
461 umorganisiert und mit der ansässigen
462 Bevölkerung in den Ortsteilen plant.
463 Gemulchter Grünschnitt dient nicht der
464 Biodiversität, erzeugt unnötiges CO₂,
465 verschenkt das Potential zur Bodenbindung
466 von CO₂ und des möglichen Einsatzes von
467 Holz zur klimaneutralen Beheizung von
468 Gebäuden. Agrartechnische Blühstreifen
469 retten zwar die Honigbiene, aber erst eine
470 gezielte Vermagerung großflächiger
471 Rasenbestände und ihr Umbau zu echten
472 Blühwiesen erzeugt die Möglichkeit der
473 Biodiversität. Dies muss gezielt gefördert
474 werden.

475 Soziale Ungleichheit, Sexismus, andere
476 gruppenbezogene und Fremdenfeindlichkeit
477 sowie ethnisch und religiös motivierte
478 Ausgrenzung, globale Ausbeutungsstrukturen
479 oder eine selbstmörderische Lebens- und
480 Wirtschaftsweise kann man nicht einfach
481 wegbeschließen. Sie muss bekämpft werden.

482 DIE LINKE in Bremen wird mit anderen
483 emanzipatorischen Kräften versuchen,
484 Bedingungen zu schaffen, die solche
485 Veränderungen bewirken können.

486 Bewegungspolitik bedeutet Aktivierung,
487 Organisieren von sozialen Kämpfen, Aufbau
488 von Bündnissen, Nutzung aller Instrumente
489 und erreichten Positionen, Kämpfe um
490 Hegemonie und Verbreiterung, inhaltliche
491 und öffentliche Interventionen. Auch die
492 Sicherung von Zwischenergebnissen durch
493 Institutionalisierung gehört dazu. Mit weniger
494 ist Veränderung nicht zu haben.

495 Als demokratische Sozialist*innen wissen wir,
496 dass die bestehenden Machtverhältnisse auf
497 Ausbeutung beruhen und nur durch die
498 Macht der größeren Zahl derer, die
499 unterdrückt werden und benachteiligt sind
500 überwunden werden können, wenn sie
501 solidarisch handeln. Die Aktivierung der
502 Masse der Bevölkerung in diesem Sinn, muss
503 durch DIE LINKE mit organisiert werden.

504 Eine linke Partei hat in diesem Prozess kein
505 Monopol, aber eine notwendige Rolle: Eine
506 aktivierende, aufklärende, verbindende und
507 orientierende.

508 Wir werden gerade Zeugen davon, wie Teile
509 der außerparlamentarischen Bewegungen
510 sich enttäuscht von der LINKEN abwenden.
511 Das Vertrauen in die antirassistische
512 Bewegung können wir nur zurück gewinnen,
513 wenn wir tatsächlich Verbesserungen für
514 Geflüchtete und Migrant*innen erreichen
515 und Diskussionen über strukturelle Gruppen-
516 und Fremdenfeindlichkeit in der Gesellschaft,
517 aber auch bei uns selbst, in der Partei, führen.

518 Die Unterstützung der Friedensbewegung
519 können wir nur gewinnen, wenn wir
520 Rüstungsexporte über bremische Häfen
521 tatsächlich stoppen können.

522 Die Klimabewegung wird sich abwenden,
523 wenn wir keine konkreten Verbesserungen,
524 die über eine Symbolpolitik hinausgehen,
525 vorweisen können. Es gibt zahllose weitere
526 Beispiele.

527 Als Regierungspartei sind wir nicht mehr der
528 natürliche Verbündete dieser Bewegungen,
529 sondern der Adressat ihrer Forderungen. Als
530 solcher werden wir kritisch betrachtet und
531 müssen umso mehr darauf achten,
532 Bewegungen nicht zu vereinnahmen, und
533 ihnen stattdessen umso besser zuhören. DIE
534 LINKE als potenzielle Kraft Bewegungen auf
535 einer höheren Ebene zusammenzuführen und
536 sozialistische Ideen in die Gesellschaft zu
537 tragen, darf nicht unter der Regierungspolitik
538 leiden.

539 Nach den Einschränkungen durch die Corona-
540 Pandemie und Covid 19 sind wir aufge-
541 fordert, unsere Aktivität in den Bewegungen,
542 unsere Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit,
543 unser Parteileben und unsere Kampagnen-
544 und Interventionsfähigkeit stärker in den
545 Vordergrund zu stellen. Dazu gehört:

546 • Regelmäßige Teilnahme an wichtigen
547 Bündnissen und Bewegungen, z.B.
548 Aktionsbündnis Menschenrecht auf Wohnen,

549 • Geplante Unterstützung wichtiger
550 Kampagnen mit eigenen Aktivitäten, z.B.
551 Pflegekampagne, Bürgerantrag Mietenpolitik,
552 Tarifaueinandersetzung öffentlicher Dienst,
553 Klimaproteste, sowie, nicht zuletzt, das
554 Eintreten für einen Hartz IV -Regelsatz wie
555 ihn die Sozialverbände und gewerkschaftliche
556 Erwerbslosengruppen fordern.

557 • Öffentliche Veranstaltungen, digital
558 und in Präsenz.

559 • Mehr parteiöffentliche Bildungs- und
560 Diskussionsangebote, auch unter Nutzung
561 digitaler Formate.

562 Landesvorstand, Ortsvereine und
 563 Kreisvorstände werden diesen Prozess
 564 gemeinsam organisieren und dabei

565 einschätzen, ob dafür auch strukturelle
 566 Veränderungen und/oder personelle
 567 Verstärkungen erforderlich sind. .

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

S – Satzungsändernde Anträge

S5

Antragsteller*innen: (der Geschäftsstelle bekannt, hat der Weitergabe persönlicher Daten widersprochen)

- 1 Antrag: der Landesparteitag möge
- 2 beschließen die Satzung der Partei die linke
- 3 dahingehend zu ändern das einzelne
- 4 Mitglieder der Partei die linke nicht mehrere
- 5 Ämter parallel ausüben dürfen.

- 6 Es soll untersagt werden das Mitglieder des
- 7 Senats der Fraktion oder des
- 8 Landesvorstands parallel Mitglieder eines
- 9 Kreisvorstands sein dürfen.

Begründung:

Durch die Konzentration mehrere Ämter auf eine Person ist nicht mehr gewährleistet dass der tatsächliche politische Wille der Basis eines Kreisverbandes auch auf Landesebene abgebildet wird.

Es kann durchaus vorkommen das Landesvorstands Entscheidungen und Kreis Vorstands Entscheidung konträr zueinander stehen das heißt ein Kreis Vorstandsmitglied welches gleichzeitig im Landesvorstand ist muss

einmal die Interessen des Kreisverbandes vertreten sprich gegen den Landesvorstand arbeiten aber als Mitglied des Landesvorstands sehr wohl die Entscheidung des Landesvorstands mittragen.

Eine Partei die darum bestrebt es viele Mitglieder zum mitmachen zu bewegen sollte ihnen dann auch dementsprechende Angebote machen sich politisch aktiv in das Geschehen dieser Partei einbringen zu können wenn einige wenige wie auch in der Vergangenheit bei uns im Kreisverband links der Weser geschehen sich über Kampfabstimmung in verschiedene Ämter rein wählen lassen welches nach dieser Satzung ihr gutes Recht ist führt dies natürlich zu Verdruss bei einigen Mitglieder*innen die einfach kein Amt wahrnehmen können. Hier bildet sich dann schnell ein kleiner Wahlkreis der sich gegenseitig immer wieder wählt welches dann immer mehr dazu führt dass eine Frustration bei den Mitglieder*innen der Partei die linke zu erwarten ist. darum bitte ich dass der Landesparteitag dieser Satzungsänderung zustimmen möge und den Landesvorstand auffordert eine Kommission einzusetzen die einen entsprechenden Text Entwurf zur Vorlage an den nächsten Landesparteitag erarbeitet.

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

A - Anträge

A8

Antragsteller*innen: Kreisvorstand Links der Weser

Die Delegierten mögen beschließen, dass die Fraktion der Partei DIE LINKE.Bremen in der bremischen Bürgerschaft folgenden Antrag in der nächsten Sitzungsperiode einbringt:

- 1 **Regierungsbeteiligung nutzen –**
- 2 **Friedenspolitische Forderungen verstärken**
- 3 Der Umschlag, die Lagerung und/oder die
- 4 Bearbeitung von Waffen, Munition,
- 5 militärischen Gütern, Gerätschaften oder
- 6 deren Bestandteilen, sowie Transport
- 7 militärischen Personals über Bremer Häfen
- 8 werden verboten. Dies betrifft
- 9 selbstverständlich auch den Flughafen und
- 10 den Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven, an
- 11 dem das Land Bremen beteiligt ist. Es wird
- 12 auch allen Betrieben, an denen die
- 13 Stadtgemeinde beteiligt ist, wie z.B. BLG,
- 14 untersagt, weltweit entsprechende Aufträge
- 15 abzuwickeln, zu betreuen und/oder an
- 16 Dritte zu vergeben.

Begründung:

Es ist Fakt, dass die Fraktion nicht dazu gezwungen werden kann, Anträge einzubringen. Es ist aber wünschenswert, dass die Fraktion den Beschlusslagen der Parteitage und Delegiertenversammlungen folgt.

Folgende Begründungen gegen entsprechende Beschlüsse zur Umsetzung einer Friedenspolitik sollten dabei nicht gelten:

1. Das kostet Arbeitsplätze.
2. Das können wir uns wirtschaftlich nicht leisten.
3. Das gefährdet die Koalition.

Zu Punkt 1 und 2: Ja, es wird mit Sicherheit Arbeitsplätze und wirtschaftliche Gewinne kosten, sofern keine Rüstungskonversion stattfindet. Dennoch braucht Bremen kein Blutgeld. Wie hoch ist der Wert eines Menschen? Möchte jemand eine Tabelle erstellen und die Kosten eines Arbeitsplatzes für ein Menschenleben gegenrechnen? Was wären die Kriterien? Wo endet das wirtschaftliche Interesse Bremens und wo beginnt die Menschlichkeit? Wo beginnt das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Frieden? Wie viel darf es kosten und wer möchte den Preis nennen? Es ist ein wichtiger Bestandteil unserer Partei, dass wir uns bedingungslos für Frieden einsetzen. Es ist wichtiger denn je, dieses deutliche Signal zu setzen. Gerade jetzt, wo einflussreiche Teile unserer Partei versuchen, die Friedenspolitik mit einem Verbleib in der NATO für eine eventuelle Regierungsbeteiligung zu opfern. Wann hört dieser Irrsinn aus? Wie lange tragen wir das mit? Wie lange machen wir uns dadurch mitschuldig? Die Rüstungsexporte sind 2019 um 17% gestiegen!

Deutsche Soldaten bilden in Mali das Militär aus, welches dann mit deutschen Waffen eine Regierung putscht. Auch hier ist es kein Geheimnis, dass keines der Ziele in Mali erreicht wurde und in einigen Gebieten die Situation sich verschlechtert hat. Die verworrenen Umstände, die zur Mali-Krise führten, sind klar und sollen hier nicht weiter ausgeführt werden. Jedoch kann die Konsequenz aus einem Überschuss an Menschen mit Waffen nicht sein, noch mehr Waffen zu exportieren um gegenzuhalten. Auch die Rüstungsexporte in die Türkei sind signifikant gestiegen. Die türkische Regierung setzt diese deutschen Waffen, auch "Made in Bremen", in Syrien, Rojava und Libyen sowie gegen die eigene Bevölkerung ein!

DIE LINKE. will Fluchtursachen bekämpfen und militärische Konflikte sind (noch) der Hauptgrund

für Flucht und Migration. Die Zahl der Geflüchteten steigt jährlich an. Es wird geschätzt, dass ca. 65 Millionen Menschen auf der Flucht sind. Die Rüstungsexporte steigen stetig an, auch in Kriegsgebiete.

Wer kann hier einen Zusammenhang bestreiten?

3. Wir glauben nicht, dass die Koalition dadurch gefährdet wird, eher gestärkt.

SPD, als auch die Grünen im Land Bremen verstehen sich als Friedenspartei, auch wenn beide Parteien auf Bundesebene ein Bombardement auf Jugoslawien zu verantworten haben. Wenn doch alle die gleichen Ziele haben, wie könnte hier die Koalition gefährdet sein?

Wir müssen uns von dem Gewaltdenken abgrenzen. Bremen sagt NEIN zu Blutgeld. Auf welcher Seite sollen Soldat*innen kämpfen,

wenn ein NATO Land den Bündnisfall ausruft? Auf der Seite Griechenlands, oder der Türkei? Hier drohen zwei NATO Staaten offen mit Krieg gegeneinander. Welchen Sinn macht so ein Bündnis? Beide sind mit deutschen Waffen bis an die Zähne bewaffnet und Bremen trägt auch seinen Teil dazu bei. Die Bremer Regierungsbeteiligung der LINKEN steht für das Gestalten. Dann lasst uns gestalten. Irgendwann folgen uns vielleicht andere Hafenstädte. Es ist zumindest der richtige Weg, denn Frieden und Menschlichkeit kann nicht falsch sein. Ein Menschenleben ist unbezahlbar.auffangen. Ein solcher Zustand ist auch in einer Pandemie nicht tragbar und muss durch eine einheitliche Regelung geändert werden. Es muss ermöglicht werden, den Vater oder eine Begleitperson nach Wahl der Schwangeren vom ersten Moment an in den Kreißsaal zu lassen, sodass diese nicht alleine ist.

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

A9

Antragsteller*innen: Gabriele Schmidt

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 **Europäische Bürgerinitiative**
- 2 **Bedingungsloses Grundeinkommen**
- 3 **2020/2021 unterstützen**
- 4 DIE LINKE.Bremen unterstützt die
- 5 Aufforderung an die Europäische
- 6 Kommission, einen Vorschlag zu
- 7 bedingungslose Grundeinkommen in der
- 8 gesamten EU zu machen. Die
- 9 bedingungslosen Grundeinkommen sollen
- 10 geeignet sein, jedem Menschen die
- 11 materielle Existenz und gesellschaftliche
- 12 Teilhabe zu sichern, regionale
- 13 Ungleichheiten zu verringern und den

- 14 wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt
- 15 der EU-Bürger*innen zu stärken.

Begründung:

Das bedingungslose Grundeinkommen soll den Sozialstaat nicht ersetzen, sondern ergänzen. Aus dem bislang bestenfalls kompensierenden sollen emanzipatorische Sozialstaaten werden, die den Menschen ein Leben in Würde ermöglichen.

Mit einer erfolgreichen EBI Bedingungsloses Grundeinkommen kann auch das Ziel der gemeinsamen Erklärung des Europäischen Rates, des Europäischen Parlamentes und der Europäischen Kommission von 2017 verwirklicht werden, dass zur Bekämpfung von Ungleichheit „die EU und ihre Mitgliedstaaten auch effiziente, nachhaltige und gerechte Sozialsysteme

unterstützen werden, um Grundeinkommen zu garantieren.“

Am 25. September startet die 12-monatige, europaweite Sammlung von Unterschriften in

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

elektronischer und papiernen Form. DIE LINKE. Bremen sollte daher Mitglieder unterstützen, die sich an der Sammlung aktiv beteiligen möchten.

A10

Antragsteller*innen: Anke Jungclaus, Jürgen Willner, Andrea Spangenberg, Udo Bauer, Wilfried Schartenberg, Bettina Frenzel, Sebastian Rave und Akl Bremen

Der Landesparteitag möge beschließen,

- 1 dass der Landesverband Bremen den Aufruf
- 2 aus der Friedensbewegung an Die LINKE
- 3 unterstützt:
- 4 Das Redaktionsnetzwerk Deutschland
- 5 (RND)* zitiert aus einem Interview des
- 6 Deutschlandfunks** den CO-
- 7 Fraktionsvorsitzenden der Partei DIE LINKE
- 8 im Deutschen Bundestag, Dietmar Bartsch.
- 9 Seine Äußerungen zur Außenpolitik bereiten
- 10 uns - Menschen aus der deutschen
- 11 Friedensbewegung - große Sorgen um die
- 12 letzte im Parlament vertretene Partei mit
- 13 friedenspolitisch konsequenter
- 14 Programmatik.
- 15 In dem Interview geht es um die NATO-
- 16 Orientierung der deutschen Außenpolitik.
- 17 Die NATO ist das Militärbündnis, von dem
- 18 aus die meisten und massivsten
- 19 Völkerrechtsverletzungen seit dem Ende des
- 20 Kalten Krieges ausgegangen sind und
- 21 ausgehen. In einer
- 22 Desinformationskampagne unter Verweis
- 23 auf die vermeintlich übermächtige Rüstung
- 24 Russlands und Chinas fordert die NATO eine
- 25 Steigerung der Rüstungsausgaben ihrer

- 26 Mitglieder in einem sozialpolitisch und
- 27 ökologisch unverantwortlichen Umfang,
- 28 obwohl die NATO-Staaten schon jetzt ca. 15
- 29 Mal mehr für den Militärssektor ausgeben,
- 30 als Russland.

- 31 Statt gegen die brandgefährliche NATO-
- 32 Politik vorzugehen erklärt Dietmar Bartsch in
- 33 der Absicht, mit den Parteien, die die NATO-
- 34 Politik mittragen, in eine Koalition gehen zu
- 35 können, man sei „am Ende des Tages (...)
- 36 auch auf diesem Feld regierungsfähig“. Er
- 37 ergänzt, es sei absurd zu glauben, die Linken
- 38 wollten eine Auflösung der NATO zur
- 39 Voraussetzung für einen Regierungseintritt
- 40 machen.

- 41 Auch in der Frage der Auslandseinsätze der
- 42 Bundeswehr erklärte Dietmar Bartsch eine
- 43 sogenannte Diskussionsfähigkeit seiner
- 44 Partei. Bartsch verwies darauf, dass die
- 45 Mitglieder seiner Fraktion in der
- 46 Vergangenheit im Parlament schon
- 47 unterschiedlich abgestimmt hätten. Es sei
- 48 absurd, anzunehmen, Linke würden sich an
- 49 dem Tag, an dem ihre Partei
- 50 Regierungsverantwortung übernehme "in
- 51 die Flugzeuge setzen und die Jungs
- 52 zurückholen".

- 53 Mit anderen Worten: Einsätze der
- 54 Bundeswehr, die zur Destabilisierung ganzer
- 55 Weltregionen und zu unsäglichem Leid
- 56 sowie letztlich zu einer Zuspitzung von

57 Fluchtursachen und Flüchtlingstragödien
 58 führen, sind für Mitglieder der
 59 Führungsspitze der Bundestagsfraktion der
 60 LINKEN (zukünftig) zustimmungsfähig.

61 Diese Politik, die im Gegensatz zum
 62 Programm der LINKEN steht, darf nicht in
 63 die Realität umgesetzt werden. Sie dient
 64 nicht dem Frieden und widerspricht den
 65 Interessen der Menschen in den
 66 Kriegsgebieten und auch in unserem Land.

67 * [https://www.rnd.de/politik/linke-nicht-
 68 regierungsfahig-bartsch-findet-kritik-
 69 abstrus-und-weist-zweifel-zuruck-
 70 T3AWZS3HTLYUZLLLHCGWRM5YME.html](https://www.rnd.de/politik/linke-nicht-regierungsfahig-bartsch-findet-kritik-abstrus-und-weist-zweifel-zuruck-T3AWZS3HTLYUZLLLHCGWRM5YME.html)

71 **

72 [https://www.deutschlandfunk.de/dietmar-
 73 bartsch-die-linke-wir-befreien-die-
 74 sozialdemokraten.868.de.html?dram:article
 75 _id=482431](https://www.deutschlandfunk.de/dietmar-bartsch-die-linke-wir-befreien-die-sozialdemokraten.868.de.html?dram:article_id=482431)

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

A11

Antragsteller*innen: LAG MIA

1 Der Landesparteitag möge beschließen,
 2 dass sich der Bremer Landesverband der
 3 LINKEN den im untenstehenden
 4 Positionspapier der
 5 Landesarbeitsgemeinschaft Migration,
 6 Integration, Antirassismus (LAG MIA)
 7 genannten Forderungen hinsichtlich der
 8 Verbesserung der Unterbringungssituation
 9 Geflüchteter anschließt und sich auf allen
 10 Ebenen für deren Umsetzung einsetzt.

Begründung:

**Für eine menschenwürdige Aufnahme von
 Geflüchteten in Bremen. Unterbringungssystem
 dezentralisieren - Schutz- und
 Gesundheitsrechte umsetzen - Missstände
 beheben!**

Die Corona-Pandemie stellt eine politisch neue Situation dar, die uns alle vor Herausforderungen stellt. Sie wirkt als Vergrößerungsglas für bereits vor der Krise vorhandene Widersprüche und

Ungleichheiten, ob in der Schule, im Gesundheitsbereich oder in der Migrationspolitik. Dies ist mit der Eskalation der Situation ebenso wie der Diskussion rund um die Bremer Landeserstaufnahmestelle für Geflüchtete (LAsT) schmerzhaft deutlich geworden: Trotz Evakuierungsforderungen von Bewohner*innen bereits zwei Wochen vor dem ersten Fall haben sich über 200 Geflüchtete in der LAsT angesteckt. Aufgrund der schließlich verordneten Massenquarantäne wurden so gut wie alle Bewohner*innen für vier Wochen eingesperrt, was den psychischen Druck enorm erhöht und in einem Fall sogar zu einem Suizidversuch geführt hat. Dies ist eine Bilanz, die während einer linken Regierungsbeteiligung zustande gekommen ist und auf die wir nicht stolz sein können. Wir müssen anerkennen, dass das Bremer Regierungshandeln zu einer Situation geführt hat, in der die Gesundheit der Bewohner*innen der Unterkunft konkret und vermeidbar gefährdet wurde und in der sie unzumutbaren und unmenschlichen Einschränkungen ihrer Lebensbedingungen ausgesetzt waren. Eine frühzeitige, konstruktive

Zusammenarbeit zwischen Koalitionspartner*innen und Zivilgesellschaft fand nicht statt – die Bewohner*innen selbst als Betroffene wurden nicht auf Augenhöhe eingebunden oder ernsthaft angehört.

Der vorliegende Antrag soll einen Beitrag dazu leisten, diese Situation nicht einfach zu vergessen. Wir wollen danach fragen, was schiefgegangen ist, was jetzt getan werden kann um die Ereignisse aufzuarbeiten und welche Fragen sich für DIE LINKE in ihrer zukünftigen Bremer Regierungspraxis stellen. Dafür werden wir kurz die Entwicklung der Situation in der LAST beschreiben, aufzuzeigen, was sich daraus für uns an konkreten Bruchlinien sowie weiterführenden Fragen ergibt und welche nächsten Schritte wir in der Unterbringungspolitik als notwendig erachten.

Grundsätzliches

In Sammelunterkünften sind Spannungen vorprogrammiert, ist eine Unterbringung nach individuellen Bedarfen – etwaigen Traumata, geschlechtsspezifische Fragestellungen, kindgerechte Versorgung etc. – kaum möglich. Anstatt temporär eine Infrastruktur des Ankommens zur Verfügung zu stellen, Schutz und Zuhause zu bieten, dienen solche Unterbringungen Deutschlandweit der Abschreckung und verwehren Menschen die Möglichkeit auf ein eigenständiges Wohnen und Leben. Während ein Teil dieser Probleme mit politischen Haltungen zusammenhängt, hängen andere mit den strukturellen Bedingungen in großen Unterkünften zusammen. Dem entsprechend hat die LINKE immer die Position vertreten, Massenunterkünfte – und auch konkret die LAST – zu schließen und durch dezentralerer Unterbringungsformen zu ersetzen. In der rot-grün-roten Koalition war dies jedoch nicht umsetzbar. Die von der LINKEN vorgeschlagenen und im Koalitionsvertrag vereinbarten kleineren Einheiten, wie sie bereits jetzt z.B. in der LAST-Außenstelle in Obervieland existieren, sind jedoch unabdingbar.

Die Schaffung von Landeserstaufnahmeeinrichtungen ist im

Asylgesetz des Bundes vorgeschrieben. Vorgaben zur Größe gibt es hingegen nicht. Die Bremer LAST ist für bis zu 750 Personen zugelassen. Die LAST ist als Erstaufnahmeeinrichtung die Unterkunft, in der Geflüchtete, die in Bremen ankommen, zunächst leben müssen. Personen, die einen Antrag auf Asyl stellen, haben aufgrund des Bundesrechts eine Wohnverpflichtung von 6 Monaten dort, wobei Einzelfallbedingte Ausnahmeregelungen möglich sind. Aktuell leben in der LAST aber auch Personen, die kein Asylantrag gestellt haben, weil sie sich in Altersfeststellungsprozessen befinden oder aufgrund anderer rechtlicher Konstellationen keinen Asylantrag stellen. Diese Menschen haben keine Wohnverpflichtung in der LAST und könnten auch anderswo untergebracht werden. Die Bedingungen in der LAST waren vor Corona schon schwierig: hohe Zimmerbelegungen mit bis zu 10 Personen pro Zimmer, in einem der zwei Wohntrakte Wände die nicht bis zur Decke schließen, Beschwerden über die Qualität des Essens, Berichte von gewalttätigen Übergriffen des Sicherheitspersonals. Ein Bericht zur Situation vor Corona findet sich im von der LAG MIA und einer Vielzahl weiterer zivilgesellschaftlicher Gruppen veröffentlichtem offenen Brief:

<https://togetherwearebremen.org/wp-content/uploads/2020/04/Offener-Brief-Lindenstra%C3%9Fe-final.pdf> .

Chronik der Ereignisse

Im Zuge der Pandemie hat sich die Situation extrem zugespitzt. Zu Beginn der Pandemie in der Bundesrepublik waren 670 Bewohner*innen in der LAST untergebracht. Zunächst wurden 30 Personen mit gesundheitlichen Risiken woanders untergebracht. Der Transfer weiterer Bewohner*innen in drei zusätzlich eröffnete Unterkünfte (Jugendherberge, Friedrich-Rauers-Straße und Zollhostel) erfolgte relativ spät. In der Zwischenzeit hatte es immer wieder Demonstrationen von Bewohner*innen und Unterstützer*innen sowie Warnungen aus der Zivilgesellschaft gegeben. Die Linksfraktion hatte angesichts der Belegungsdichte, der Einrichtungsgröße und der Infektionsausbreitung

in der LAST frühzeitig und im Verlauf auch öffentlich ihre Position für die Schließung der LAST deutlich gemacht. Das war jedoch in der Koalition nicht durchsetzbar. Im Koalitionsausschuss wurde am 23. April eine Belegung der LAST auf 250 Bewohner*innen, bauliche Verbesserungen wie WLAN und Wände die abschließen, ein Frauentrakt, psychologische Betreuung und weitere Maßnahmen für die LAST vereinbart. Zudem wurden verbindliche Abstandsregeln auch für alle Gemeinschaftsunterkünfte für Geflüchtete und Obdachlose vereinbart, die anschließend in der Corona-Verordnung festgeschrieben wurden. Bei der Einführung verbindlicher Abstandsregeln war Bremen Vorreiterin. Der Infektionsausbreitung in der LAST konnte jedoch durch die vereinbarten Maßnahmen nicht aufgehalten werden. Die Zahl der Infektionen in der LAST belief sich zu dem Zeitpunkt des Beschlusses im Koalitionsausschuss auf 80, erst am Tag zuvor waren 30 weitere Infektionen festgestellt worden. Nur zwei Wochen später hatte sich die Zahl der Infektionen jedoch verdoppelt, insgesamt waren über 200 Bewohner*innen infiziert. Die Quarantäne wurde zwar flurweise verhängt, faktisch führte dies dazu, dass die gesamte Unterkunft wochenlang unter Komplettquarantäne stand.

Einordnung: War das (un)vermeidbar?

An keinem anderen Ort hat es so viele Infektionen gegeben wie in der LAST, und es ist kein Zufall, dass ausgerechnet eine Unterkunft für Geflüchtete der Corona-Hotspot Bremens ist: Jede*r kann sich die Frage selbst beantworten, ob mit einem Internat mit 670 weißen Eliteschüler*innen gleich umgegangen worden wäre? Wir denken nicht. Wir denken es ist kein Zufall, dass bundesweit die größten Ausbrüche in Geflüchtetenunterkünften und in Betrieben, in denen viele migrantische Personen beschäftigt sind, zu verzeichnen sind. Aus unserer Sicht spiegelt dies rassistische Strukturen wider, die sich in Institutionen, staatlichem Handeln und eben auch im Krisenmanagement im Zuge der Pandemie äußern. Wir als LINKE haben uns vehement eingesetzt für die Schließung, die

Belegungsreduzierung, für Verbesserungen und akute Abhilfe. Der Belegungsstopp wurde konsequent durchgesetzt und Auflagen für Hygiene, Kohorten etc. erteilt. Trotzdem müssen wir klar und selbstkritisch sagen: Das hat nicht gereicht. Bei Weitem nicht. Die Bewohner*innen der LAST, die dort nicht freiwillig leben und nirgends anders hinkönnen, wurden nicht ausreichend gegen eine Infektion geschützt. Ausreichend wäre es gewesen, wenn alle Möglichkeiten ausgeschöpft worden wären. Da war nicht der Fall: Leerstehende Hotels, Pensionen und andere Unterkünfte wurden zu spät und zu wenig genutzt.

Der Koalitionskompromiss und die darin erkämpften Verbesserungen wurden und werden umgesetzt. Als jedoch klar wurde, dass die Infektionen weiter steigen wurde nicht nachgesteuert. Die rot-grün-rote Koalition, die sich eine humanitäre Migrationspolitik auf die Fahnen geschrieben hat, hat beim Schutz der Geflüchteten in der LAST im Effekt versagt. Es ist nur dem Glück zu verdanken, dass keine*r der Bewohner*innen einen schweren oder gar tödlichen Krankheitsverlauf hatte. Wir als LINKE sollten selbstkritisch eingestehen, dass wir als Teil dieser Koalition eine Mitverantwortung haben für die desaströse Gefährdung der Bewohner*innen. Wir müssen uns fragen, wie es dazu kommen konnte und was für uns daraus folgt.

Bruchlinien

Das Koalitionspapier zur LAST. (K)ein guter Kompromiss?

Klar ist, ohne Druck auf der Straße, ohne entsprechende Umsetzung durch die LINKE in Form von parlamentarischen Druck ebenso wie in Verwaltungshandeln wäre noch weniger passiert. Dies lässt zumindest der Blick in andere Bundesländer vermuten. Das Thema hat in der Koalition und im Parlament Aufmerksamkeit bekommen, es ist zu einem Aufnahmestopp gekommen und die Belegung wurde deutlich reduziert. In mühevoller Kleinstarbeit ist ein Koalitionspapier zur LAST erstritten worden, was auch dazu geführt hat, das Bremen als erstes

Bundesland Abstandsregelungen für Geflüchtetenunterkünfte in seine Allgemeinverfügung aufgenommen hat. Das sind Erfolge die im Zuge der der konkreten Auseinandersetzung, angesichts der Zuspitzung und Dringlichkeit der Situation nicht in die Öffentlichkeit durchgedrungen sind. Vermutlich auch deshalb, weil sie hinsichtlich der Forderungen der Bewegung und der konkreten Betroffenheit der Bewohner*innen noch immer als zu gering erschienen und erscheinen.

Um so wichtiger ist es zu überlegen, wo sich die Mühen gelohnt haben und was wir aus den Prozessen lernen können. Welche konkreten Verbesserungen konnten wir aus der Regierungsposition heraus erreichen und welche auch nicht? War es falsch einen Kompromiss einzugehen? Wäre ein Nachjustieren möglich gewesen und wenn ja, warum hat dies nicht stattgefunden?

Ein Kompromiss ist keine Einigung

Unser Ziel in den Verhandlungen war es, den Infektionsschutz der Bewohner*innen sicherzustellen. Auf dem Papier ist dies zumindest partiell geschehen. Wir haben in den Verhandlungen zu wenig darauf geachtet zu überlegen, wie wir damit unsere eigenen Handlungsspielräume vergrößern. An dem verabschiedeten Koalitionspapier ist daher zu kritisieren, dass es weder zeitliche Fristen, noch eine Einschränkung der Gültigkeit bspw. bei einer weiteren Eskalation der Erkrankungszahlen beinhaltete.

Ein im Rahmen der Koalition geschlossener Kompromiss ist jedoch nicht gleichzusetzen mit einer konsensualen Einigung. Es ist ein im Rahmen der Auseinandersetzung erkämpfter Zwischenstand, der bei veränderten Bedingungen nachjustiert werden kann und muss. In diesem Sinne geht es bei der LAST nicht allein um die Migrationsfrage, sondern ganz allgemein darum, wie die LINKE aus der Regierung heraus konkrete Verbesserungen für diejenigen erstreiten kann, für die sie angetreten ist.

Auch ist ein solcher Beschluss als Basis des Regierungshandelns nicht mit der Position der Partei zu verwechseln oder gar als solche zu kommunizieren. Hier aktualisiert sich die Frage in welchem Verhältnis die verschiedenen Teile der Partei zueinander und zur Öffentlichkeit stehen. Wer darf wen kritisieren, wer wen zum Handeln auffordern? Ist öffentlicher Dissens bereits unsolidarisches Verhalten und welche anderen, wirksamen Kanäle der Kritik gibt es? Wo können wir uns aus unterschiedlichen Positionen heraus gegenseitig stärken? Wir glauben, dass es auch im Sinne der innerparteilichen Demokratie wichtig und notwendig ist, eine vielstimmige und trotzdem solidarische Partei lebendig zu halten und dies auch nach außen zu zeigen.

An wem orientiert sich unser politisches Handeln?

Außerparlamentarischer Druck ist ein zentraler Motor für die LINKE. Einerseits gilt: Druck ‚auf der Straße‘ erhöht auch unseren Verhandlungsspielraum. Andererseits verteilt er sich insbesondere während Regierungsbeteiligungen ungleich und richtet sich verstärkt gegen öffentlich sichtbare Funktionsträger*innen. Hier müssen wir uns gegenseitig den Rücken stärken und transparent aufklären auch über die Limits unserer Positionen und der Apparate anstatt die Hoffnung zu nähren, ‚wir‘ könnten das schon alles regeln.

Wir haben in der LAST-Krise gemerkt, wie unterschiedliche Logiken (Verwaltung, Koalition, außerparlamentarische Bewegung) aufeinanderprallten und es unmöglich erschien, diese Perspektiven produktiv aufeinander zu beziehen. Vielleicht wäre das aber auch gar nicht nötig gewesen. Die primäre Maßgabe unseres Handelns sollte nicht der Versuch sein, eine Position zwischen außerparlamentarischer Bewegung und den Koalitionspartnern auszuhandeln und einzunehmen. Vielmehr machen wir Politik für diejenigen, die Verbesserungen ihrer Lage dringend brauchen.

In diesem Fall waren das die LAST-Bewohner*innen. Ihre Lage musste entscheidungsleitend sein. Es sollte nicht darum gehen, wer sich in einer Auseinandersetzung durchsetzt oder wer Recht hatte. Es sollte auch nicht darum gehen, wer möglicherweise verärgert oder besänftigt wird. In der Regierungsverantwortung haben wir Verantwortung vor allem dadurch, dass wir Entscheidungen treffen oder mittragen, die Menschen unmittelbar betreffen. Umso wichtiger ist es daher, dass wir deren Stimmen gleichberechtigt anhören.

Was (jetzt) tun?

Die Position der LINKEN war und bleibt, dass die LAST aufgrund ihrer Größe und ihres Zustandes geschlossen werden soll. Dies war leider nicht mehrheitsfähig in der rot-grün-roten Koalition. Wir sind deshalb Kompromisse eingegangen, die die Basis unseres weiteren Handelns bilden und auf denen wir im Sinne unserer grundsätzlichen Position aufbauen müssen. Daraus folgen aus unserer Sicht für die LAST und die allgemeine Unterbringungssituation im Land Bremen die folgenden Schritte und Forderung:

- -Reduzierung der Aufenthaltsdauer in der LAST auf das gesetzliche Minimum, Nutzung aller Möglichkeiten der frühzeitigen Beendigung der Wohnverpflichtung in der Aufnahmestelle. Hier ist ggf. die in §49 AsylG geschriebene Möglichkeit der frühzeitigen Entlassung aus Gründen der öffentlichen Gesundheitsfürsorge zu nutzen.
- -Keine unnötige Unterbringung in der LAST: Menschen ohne Wohnverpflichtung sind nicht dort unterzubringen, sondern in Wohnraum oder Übergangwohnheimen für Geflüchtete
- -Zügige Umsetzung der zugesagten Verbesserungen der baulichen

Bedingungen (WLAN, abschließende Wände, mehr Sanitärräume)

- -Die Belegungsdichte darf nicht wieder erhöht werden – dies gilt sowohl für die Gesamtzahl der Bewohner*innen (250) als auch für die Anzahl der Personen pro Zimmer
- -Im Zuge der Entzerrung der Belegungsdichte der LAST dürfen keine dauerhaften Senkungen des Qualitätsstandards eintreten. Der Abbau zentraler Unterbringungen darf nicht zulasten etwa von Obdachlosenunterkünften gehen. Hier sind ggf. weitere Kapazitäten aufzubauen oder zu reaktivieren. Stattdessen ist die bereits im Koalitionsvertrag benannte Schaffung von LAST-Außenstellen mit besseren Standards zügig umzusetzen.
- -Keine Verlängerung des Mietvertrages für die Lindenstraße. Das ehemalige Verwaltungsgebäude hat erhebliche strukturelle Mängel, die trotz aufwändiger Investitionen nicht behoben werden können. Die Corona Pandemie hat deutlich vor Augen geführt, dass das Gebäude als Wohngebäude völlig ungeeignet ist. Es sollte daher bereits jetzt nach möglichen Ausstiegsoptionen geschaut werden, bevor bei den nächsten Verhandlungen die LAST erneut als Alternativlos präsentiert wird.

Darüber hinaus sind die folgenden Punkte für alle Unterbringung in Bremen weiter zu berücksichtigen

- -Die im Zuge der Corona-Pandemie beschlossenen Vorgaben zum Gesundheitsschutz (Distanzrecht, maximale Belegungsdichte, u.ä.) sind für alle Unterbringungen sicherzustellen.
- -Einhaltung der EU-Aufnahmeverordnung in Bezug auf besonders schutzbedürftige Gruppen, psychologische Betreuung und Zugang zu Bildung.

Insbesondere ist dafür zu sorgen, dass psychologische Diagnose und Betreuung frühzeitig allen Geflüchteten bei Bedarf möglichst in ihrer Muttersprache zur Verfügung stehen. Auch auf besondere Bedürfnisse queerer Geflüchteter und Familien ist einzugehen.

- -Die vorhandenen Gewaltschutzkonzepte sind kritisch zu überprüfen und zu überarbeiten, ihre Umsetzung ist auch unabhängig von Betreiber*innen und Behörde zu prüfen. Die vorhandenen Vorwürfe hinsichtlich Rassistischer Beleidigungen und Diskriminierungen sind aufzuarbeiten.
- -Die Einbeziehung und Mitbestimmung der Bewohner*innen auf Augenhöhe ist in Zukunft zu gewährleisten. Dafür sollte

eine Förderung von Selbstorganisation und -Vertretung erfolgen.

- -Der anstehende Aufbau von Beschwerdestrukturen ist konstruktiv-kritisch zu begleiten. Es sollte sichergestellt werden, dass durch den Einbezug zivilgesellschaftlicher Organisationen eine Unabhängigkeit gegeben ist. Auch das Gesundheitsamt sollte in das Beschwerdemanagement systematisch mit einbezogen werden.
- -Abbau von Hürden für Personen mit Duldung auf dem Wohnungsmarkt. Die GEWOBA sollte auch Geduldeten gleichberechtigten Zugang zu Wohnungen gewähren. Ebenso sollten Wohnberechtigungsscheine an Menschen mit Duldung erteilt werden.

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

A12

Antragsteller*innen: Karl Brönnle, Friederike Emole, Anna Fischer, Max Henke, Sofia Leonidakis, Maroua Nouira, Philipp Piechura, Fabrice Rebers, Mike Schell, Christian Schorling, Maja Tegeler

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Regierungsbeteiligung in Bremen stellt
- 2 die Partei DieLinke vor neue Chancen und
- 3 Herausforderungen. Sie bringt gleichzeitig
- 4 die Gefahr einer Entfremdung der Partei von
- 5 Zivilgesellschaft und Bewegung mit sich. Um
- 6 dem zu Begegnen und zu lernen gemeinsam
- 7 auf unterschiedlichen Ebenen für dieselben
- 8 Ziele zu kämpfen braucht es neue
- 9 Austauschformate.

- 10 Der Landesparteitag beauftragt daher den
- 11 Landesvorstand (LaVo) (oder ein von ihm
- 12 beauftragtes Orga-Team) damit, im Laufe
- 13 eines Jahres, beginnend mit dem Termin,
- 14 mindestens 4 Austauschveranstaltungen
- 15 durchzuführen. Beteiligt werden sollten für
- 16 die Partei je 1-2 Vertreter*innen der
- 17 Fraktion, des LaVo sowie der weiteren
- 18 Mitglieder der Kreisverbände oder
- 19 Vertreter*innen thematischer AGs. Zentral
- 20 ist, das 3-4 Vertreter*innen
- 21 zivilgesellschaftlicher und
- 22 außerparlamentarischer politischer Gruppen
- 23 teilnehmen Anzustreben ist zudem, dass
- 24 Vertreter*innen des Senats bzw. der
- 25 (politischen) Verwaltung präsent sind. Auf
- 26 eine breitere Öffnung ist, im Sinne der
- 27 Herstellung einer vertrauensvollen

28 Gesprächsbasis, für diese Form der
 29 Veranstaltung zu verzichten. Ziel der
 30 Veranstaltungen sollte es sein, (weitere)
 31 Brüche zwischen Partei und Zivilgesellschaft
 32 zu vermeiden und kritische Themen in einer
 33 vertrauensvollen Atmosphäre zu
 34 besprechen. Bei sensiblen Themen kann
 35 dafür ggf. auch auf eine externe Moderation
 36 zurückgegriffen werden.

37 Mögliche Themen:
 38 Gesundheit und Care-Arbeit,
 39 Flucht und Unterbringung,
 40 Stadtentwicklung und Wohnen,
 41 Mobilität und Klima,
 42

Begründung:

Die Regierungsbeteiligung bringt, gerade für DIE LINKE als kleinste Partnerin, die andauernde Notwendigkeit mit sich, zwischen gegebenen Umsetzungsmöglichkeiten und den eigenen Ansprüchen und Prinzipien abzuwägen. Dies birgt eine ganze Reihe von Fallstricken in sich, weshalb eine Vermittlung der eigenen Politik im doppelten Sinne zunehmend wichtiger wird. Erstens besteht die Notwendigkeit der Rückversicherung der eigenen Agenda in den Bewegungen, da andauernde Aushandlungsprozesse innerhalb der Koalition schnell zu (scheinbaren) Verschiebungen der eigenen Positionen führen oder sich diese von den Bedürfnissen der vermeintlich vertretenen Gruppen abkoppeln können. Im Gegensatz zu bestehenden finanzstarken Lobbygruppen sind die Adressat*innen linker Politik jedoch häufig nur prekär organisiert. Die Partei darf daher nicht auf Kontaktaufnahmen warten, sondern muss von selbst auf Gruppen zugehen.

Zweitens existiert - gerade in Zeiten der Coronakrise - die Gefahr intransparenten Regierungshandelns. Innerhalb der Koalition mühsam erkämpfte Erfolge werden nach außen hin nicht ausreichend sichtbar oder werden ungeachtet der Kräfteverhältnisse als Niederlagen aufgefasst. Es ist notwendig die Grenzen der eigenen Handlungsfähigkeit transparent zu kommunizieren und zu erklären wie und woran die Umsetzung weitergehender Forderungen gescheitert ist. Ein Informationsaustausch ist daher gerade in solchen Fragen auch im Sinne der Förderung einer strategischen, arbeitsteiligen Zusammenarbeit wichtig. Dabei ist die Balance zu halten zwischen einem solidarischen und gleichzeitig nicht vereinnahmenden Verhältnis zu außerparlamentarischen Bewegungen.

Dass eine solche Öffnung und Vermittlung der eigenen Politik auch aus dem Regierungshandeln heraus möglich ist, zeigen Erfahrungen aus Berlin. Dies betrifft beispielsweise das (nicht immer harmonische) Zusammenspiel parlamentarischer und außerparlamentarischer Initiativen in der Wohnungsfrage ebenso wie die zunehmende Nutzung partizipativer Formen der Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Verwaltung wie sie etwa bei der Erstellung eines neuen Integrationsplans eingesetzt wurden.

Die Bremer Linkspartei ist aus einer Vielfalt sozialer und aktivistischer Kämpfe hervorgegangen. In der jetzigen Situation sollte sie dieses Potential nutzen um eine radikale Realpolitik voranzubringen, anstatt es dauerhaft zu verspielen.

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

A13

Antragsteller*innen: Medine Yildiz, Doris Achelwilm, Sofia Leonidakis, Olaf Zimmer, Cindi Tuncel, Sebastian Rave, Bruno Kraft, LAG MIA, Frauen AG, Fraktion DIE LINKE im Beirat Horn-Lehe, Kreisvorstand Links der Weser

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Landesparteitag fordert die
- 2 Bürgerschaft (Landtag) bzw. den Senat auf,
- 3 sich der Petition „Rassismuskritische Lehre:
- 4 Anti-Rassismus und Kolonialgeschichte in
- 5 Bremen unterrichten“ (siehe
- 6 [https://bremer-rat-fuer-](https://bremer-rat-fuer-integration.de/aktuell/2020/rassismuskritische-lehre-anti-rassismus-und-kolonialgeschichte-in-bremen-unterrichten)
- 7 [integration.de/aktuell/2020/rassismuskritisc-](https://bremer-rat-fuer-integration.de/aktuell/2020/rassismuskritische-lehre-anti-rassismus-und-kolonialgeschichte-in-bremen-unterrichten)
- 8 [he-lehre-anti-rassismus-und-](https://bremer-rat-fuer-integration.de/aktuell/2020/rassismuskritische-lehre-anti-rassismus-und-kolonialgeschichte-in-bremen-unterrichten)
- 9 [kolonialgeschichte-in-bremen-unterrichten](https://bremer-rat-fuer-integration.de/aktuell/2020/rassismuskritische-lehre-anti-rassismus-und-kolonialgeschichte-in-bremen-unterrichten))
- 10 anzuschließen, sich zu den darin genannten
- 11 Zielen zu bekennen und schnellstmöglich
- 12 Schritte zur Umsetzung der darin
- 13 geforderten Maßnahmen einzuleiten.

Begründung:

Rassismus ist - historisch gesehen - seit hunderten von Jahren weltweit ein Teil aller Kulturen. (Insbesondere in den europäischen Ländern wurde und wird Rassismus auch zur Legitimierung ungleich gestalteter (post-)kolonialer Hierarchien genutzt. Bremen als ein Ausgangspunkt des deutschen Kolonialismus bildet hier keine Ausnahme. Rassistisch ist daher nicht nur das gewalt-tätige Handeln organisierter Neonazis, wie es sich in jüngster Zeit wieder durch Brandanschläge in Bremen und Niedersachsen zeigt, sondern auch das weitverbreitete Ignorieren des Sterbens an den Außengrenzen Europas. Auch in der dem eigenen Selbstverständnis nach offenen und toleranten Bremen kommt es alltäglich zu ausgrenzenden und diskriminierenden Situationen, oftmals in subtiler und dadurch für die Betroffenen um so treffenderen Formen.

Aber niemand wird als Rassist geboren. Man wird dazu erzogen, geprägt, strukturell beeinflusst.

Der frühkindlichen Erziehung bzw. Bildung im Elternhaus, in den Kitas, in den Schulen etc. kommt daher eine besondere Bedeutung zu. Leider werden aber unsere Kinder über Rassismus, Kolonialismus und Migrationsgeschichte (eigene Vorurteile und die real vorhandene gesellschaftliche Vielfalt) bildungspolitisch nur unzulänglich aufgeklärt. Es mangelt an antirassistischer Bildungsarbeit. Dies führt unweigerlich zu rassistischen Ressentiments.

Rassismuskritisches Denken ist daher zwingend eine stetige Aufgabe für Erziehende und Lehrende. Diese sollten daher vom Land Bremen nicht allein gelassen werden sondern durch entsprechende Ressourcen unterstützt werden. Es gibt zahlreiche Lehrkräfte, die hoch engagiert, empathisch und rassismussensibel unterrichten. Es gibt aber auch immer wieder rassistische Ausgrenzung unter Schüler*innen, ungerechte Benotung, Abwertung seitens einzelner Lehrkräfte und systemische Ausschlüsse im Bildungswesen (hier manifestieren sich gesellschaftliche Ungleichheiten, Sprachbarrieren etc.).

Konkret müssen daher der Rassismus, die deutsche Kolonial- und deutsche Migrationsgeschichte stärker - aus kritischer Perspektive - in die Bremer Lehrpläne (ggf. als Wahlfach) integriert werden. Dazu sind entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen.

Die o.g. Petition schließt sich bundesweiten Reformvorstellungen an und fordert im Detail:

- Differenzierte Lehre über deutsche Kolonialgeschichte
- Differenzierte Lehre über deutsche Migrationsgeschichte

- Aufklärung über systematischen und institutionellen Rassismus gegen *BIPoC
- Anti-Rassismus-Trainings für Lehrpersonal und Schülerschaft
- Aufbrechen eurozentristischer Wissens- und Forschungsperspektiven
- Niedrigschwelliger Zugang zu Antidiskriminierungs- und Beschwerdestellen in der Schule
- Aktiver Einbezug von Quellen, die Stimmen von *BIPoC berücksichtigen

DIE LINKE konnte bereits erreichen, dass an den Regionale Beratungs- und Unterstützungszentren Antidiskriminierungsstellen eingerichtet werden. Diese sollen Schüler*innen, Lehrkräfte und Eltern im Falle von Diskriminierung und Rassismus an Schulen beraten und unterstützend tätig werden. Das ist ein sehr guter Anfang, um Rassismus im Bildungswesen anzugehen, zu sensibilisieren und die Betroffenen zu unterstützen. Die Antidiskriminierungsstellen setzen dort an, wo (rassistische) Diskriminierung bereits stattfindet. Ergänzend müssen im oben genannten Sinne Ansätze ausgeweitet werden, die auf eine umfassende Sensibilisierung im Bildungswesen und die Verhinderung von Rassismus abzielen.

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

A14

Antragsteller*innen: Udo K. Bauer
ökologische Plattform

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Partei DIE LINKE wird aufgefordert, in
- 2 der Bürgerschaft einen Antrag einzubringen,
- 3 der die Schaffung von sach- und
- 4 fachkompetenten Arbeitsgruppen mit
- 5 Vertretern interessierter Bürger und
- 6 StadtGrün in den Ortsteilen ohne weitere
- 7 Hürden ermöglicht und einsetzt, um
- 8 gemeinsame Planungen zur Umsetzung der
- 9 Steigerung der Biodiversität voranzutreiben
- 10 und schließlich umzusetzen. Erklärtes Ziel
- 11 soll es dabei sein, geeignete Flächen zur
- 12 gezielten Vermagerung gemeinsam mit den

- 13 Bedürfnissen der Bevölkerung ausfindig zu
- 14 machen, um sie zu Blühwiesen
- 15 umzugestalten. Der bei der Austragung
- 16 entfernte Schnitt bei der Vermagerung soll
- 17 dabei eingesetzt werden, terra preta
- 18 herzustellen und an anderen geeigneten
- 19 Stellen zur landwirtschaftlichen Nutzung
- 20 bereitstehen und so CO2 gezielt zu binden.

Begründung:

Zur Klimaneutralität und der Rettung der Biodiversität gehört es, größere Flächen gezielt zu vermagern. Der eingetragene Stickstoff aus der Luft durch die Verbrennung oder den Eintrag aus der Düngung ist dabei zu reduzieren. Sandige und nährstoffarme Böden erst reichern die

Artenvielfalt an. Es können Blühwiesen ausgesät und angelegt werden, die die Artenvielfalt an Schmetterlingen und anderen Insekten steigert. Deshalb dient gemulchter Grünschnitt nicht der Biodiversität, erzeugt unnötiges CO2, verschenkt das Potential zur Bodenbindung von CO2 und

des möglichen Einsatzes von Holz zur klimaneutralen Beheizung von Gebäuden.

Und ganz nebenbei wird die Bindung von CO2 an anderer Stelle in landwirtschaftlich genutzten Böden auch noch aus dem CO2-Zertifikatehandel belohnt.

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

A15

Antragsteller*innen: (der Geschäftsstelle bekannt, hat der Weitergabe persönlicher Daten widersprochen)

1 **Antrag: Vonovia schnellstmöglich**
 2 **enteignen.**

3 Die soziale Situation auf dem Bremer
 4 Mietmarkt ist katastrophal und spitzt sich
 5 immer mehr zu.

6 Von daher war die Forderung unserer
 7 Wirtschaftssenatorin zu begrüßen die
 8 Vonovia zu enteignen selbst dann wenn die
 9 Entschädigungskosten höher wären als ein
 10 Rückkauf von der Vonovia.

11 Diese von ihr gestellte Forderung auf
 12 unserem Landesparteitag Im
 13 Buntentorsteinweg sollten wir jetzt durch
 14 einen entsprechenden Antrag der Fraktion
 15 die linke unterstützen.

16 Mit der Senatorin als Galionsfigur für diese
 17 Forderung werden wir mit Sicherheit die
 18 entsprechende und nötige öffentliche
 19 Aufmerksamkeit bekommen die wir

20 benötigen um solch ein Vorhaben
 21 umzusetzen.

22 Jetzt wo wir in der Regierung sind und die
 23 Gestaltungsmöglichkeit haben die uns
 24 immer versprochen wurde müssen wir diese
 25 auch mal nutzen um den Wählerinnen und
 26 Wählern ein Teil dieser Stadt zurückzugeben
 27 wem gehört die Stadt den Menschen und
 28 nicht den Konzernen.

29 Durch solch einen Antrag und der vollen
 30 Unterstützung der Senatorin für Wirtschaft
 31 können wir ein Zeichen setzen dass es uns
 32 auch ernst ist mit Aktionen wie Housingfirst
 33 und den Menschen ein Menschenrecht auf
 34 wohnen auch wirklich wieder einzuräumen.

35 Die Stadt braucht mindestens 8000
 36 Sozialwohnungen jährlich Dies ist ein Ziel
 37 welches wir uns selbst gesetzt haben.

38 Deswegen langt es nicht nur die Vonovia zu
 39 enteignen sondern auch den Verkauf
 40 Städtischer Wohnungen zu verbieten.

41 Die Brebau befindet sich zu 100% im
 42 städtischen Besitz dennoch verkauft die
 43 Brebau Wohnungen die dringend für den
 44 Mieter Markt benötigt werden schlimmer
 45 noch es werden noch weiterhin gezielt
 46 Wohnungen gebaut die die Brebau nicht
 47 vermieten will sondern wiederum nur als
 48 Eigentum verkaufen möchte.

49 Genau das ist das was ein städtisches
 50 Unternehmen nicht machen sollte nämlich
 51 die Gewinnmaximierung hier sollte die
 52 soziale Komponente klar im Vordergrund
 53 stehen.

54 Wir können nicht einerseits eine
 55 Wohnungsnot beklagen und selbst als
 56 Regierungspartei Wohnungen verkaufen das
 57 erinnert schwer an die Zeit als ein Gregor
 58 Gysi in Berlin die Wohnungen der Stadt

59 verkaufte an sogenannte Heuschrecken um
 60 für den Senat wieder dringend benötigte
 61 Gelder zu erwirtschaften und die Probleme
 62 die sich daraus erwachsen haben sind
 63 extrem im Land Berlin und führen nun dazu
 64 dass eine linke Regierung ein Mietendeckel
 65 einführen muss dies wäre unter Umständen
 66 nicht nötig gewesen wenn Berlin seinerzeit
 67 die Wohnung nicht verkauft hätte warum
 68 gehen wir in Bremen genau denselben Weg.

69 Stoppt sofort den Verkauf städtischer
 70 Wohnungen und führt sie den Mietmarkt zu
 71 dieses neoliberale kapitalistische denken ist
 72 kein Kennzeichen linker Politik sondern stellt
 73 eher ein Verrat an die Wählerinnen und
 74 Wähler da hier müssen deutliche Zeichen
 75 gesetzt werden dass wir zu unseren
 76 Aussagen stehen und die Stadt für die
 77 Menschen zurückerobern..

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

A16

Antragsteller*innen: (der Geschäftsstelle bekannt, hat der Weitergabe persönlicher Daten widersprochen)

Antrag:

- 1 der Landesparteitag möge beschließen das
- 2 ab dem 1.1. 2021 in ganz Bremen ein
- 3 kostenloser ÖPNV eingeführt wird.

Begründung:

eines unserer Haupt Wahlkampf Themen war ein kostenloser ÖPNV. Nun da wir in die Regierung eingetreten sind haben wir die Möglichkeit einen kostenlosen ÖPNV flächendeckend im Land Bremen einzuführen.

Leider ist das Gegenteil eingetreten seit unserer Regierungsbeteiligung gab es 2 Fahrpreiserhöhung im ÖPNV.

Nach der Einführung der ersten Fahrpreiserhöhung wurde mir von unserem für den ÖPNV zuständigen Fraktionsmitglied

mitgeteilt Dass es sich hierbei um eine Erhöhung handelt die schon mit dem VPN durchverhandelt gewesen sei und man aufgrund des späten Eintritt in die Regierung dies nicht mehr ändern könne. Dies ist natürlich nicht so richtig denn immerhin kann eine Landesregierung für ihr eigenes landesgebiet beschließen den ÖPNV kostenfrei darzustellen alles was in den VPN Gebiet hineinfahren würde muss wie heute auch schon dann halt ein Anstussticket für diese anderen Gebiete kaufen. Hier würden wir uns auch einem zweiten Anliegen der Partei die linke zunutze machen und zwar die Armutsbekämpfung denn es fahren überwiegend ärmere Bevölkerungsschichten mit den öffentlichen Verkehrsmitteln. Dies hätte direkte Auswirkung auf das Einkommen sozial schwächerer Schichten und dass so etwas möglich wäre zeigt sich daran dass die Verkehrs Senatorin leider bei den Grünen Die Preise für die Sozial Tickets erfreulicherweise deutlich abgesenkt hat nur leider nicht aufgrund einer Initiative der Partei die linke. Die zweite Fahrpreiserhöhung kommt dadurch zustande dass die Bundesregierung zwar von der Wirtschaft gefordert hat die 3 prozentige Mehrwertsteuer Senkung an die Verbraucherinnen und Verbraucher weiter zu geben aber das Land Bremen dies nicht für nötig erachtet bei der BSAG dementsprechend diese 3% an die Kunden der BSAG weiterzureichen auch hier wird wieder mal die sozial schwächere Bevölkerung über Gebühr belastet. Dies kann

kein Zeichen sozialer linker Politik sein es wird höchste Zeit dass wir uns wieder den sozial schwächeren zuwenden und Weg von der Ausrichtung auf eine neoliberale kapitalistische Es ist aEs ist auch schwer nachvollziehbar warum es bei der BSAG unterschiedliche Preise für Kinder und Schüler gibt so müssen Kinder 1,45€ zahlen und Schüler 1,43€ das mag zwar nur 0,02€ sein aber für sozial schwache Familien zielt halt jeder zent auch wenn es den einen oder anderen vielleicht schwerfällt nachzuvollziehen auffällig hierbei ist das in dieser Preisvorteil den man durchaus nutzen könnte wenn man kein kinderticket sondern ein Schüler Ticket kauft das dieses nirgends im preisaushang dargestellt wird sie können an den Haltestellen gucken dort gibt es kein schülerticket oder ein Preis Hinweis auf ein schülerticket diesen kann man halt in der Bahn dann erwerben wenn man entweder direkt danach fragt oder dementsprechend diese Taste auch auswählt an den Selbstbedienungs Fahrschein Automaten. Wieso ein 5 jähriges Kind mehr zahlen muss als ein 6 jähriger Schüler ist mir nicht im geringsten nachzuvollziehen diese Differenz ist zu beseitigen und da wir keine Fahrpreise absenken wollen machen wir den ÖPNV einfach kostenlos ein kostenloser ÖPNV bei gleichzeitig steigenden Parkgebühren in der Innenstadt würde wahrscheinlich auch dazu führen dass immer mehr Menschen öffentliche Nahverkehrsmittel nutzen würden das wiederum wäre ein enormer Vorteil für die Umwelt.

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

A17

Antragsteller*innen: Udo K. Bauer

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Partei Die Linke wird aufgefordert, dass
2 ihre Fraktion in der Bürgerschaft und die
3 Vertreter der Linken im Senat diejenigen
4 Bürger des Landes, deren Interessen im
5 Rahmen des Regierungshandelns nicht oder
6 nicht ausreichend berücksichtigt worden
7 sind, und auch zukünftig wenig
8 berücksichtigt werden können, mit allen
9 erdenklichen Mitteln darin zu unterstützen,
- 10 • ihnen zu zeigen, wer und wo die
11 Gegner ihrer Interessen sind, und
12 wie diese agieren, dass die bisher
13 vernachlässigten Bürger auch in
14 Zukunft nicht ihre
15 Interessenvertretung erhalten. Es
16 soll dies dazu beitragen, das, was
17 als Sachzwänge behandelt wird,
18 endlich auf Interessengegensätze
19 herunterzubrechen,
20 • ihre Interessen zu entwickeln, zu
21 bündeln und zu formulieren, wobei

22
23
24
25
26
27
28
29
30

es wichtig wird, die existierenden
inhaltlichen Verbindungen zu zu
benennen,
• dazu sollen ihnen
öffentlichkeitswirksame
Plattformen zur
Interessenartikulation und –
durchsetzung zur Verfügung
gestellt werden..

Begründung:

Viele Einzelbürger, viele Gruppen werden faktisch benachteiligt, ihre Anliegen finden kaum Widerhall in den offiziellen Politik, es gibt aber auch viele darunter, die sich nicht gehört fühlen, ohne dass dies auf materieller Basis fassen würde. Ohne deren Berücksichtigung durch die Stärkung ihrer Interessen oder ohne Unterstützung ihrer Anliegen und ohne eine angemessene Kommunikation, werden diese Bürger in ihren Anliegen marginalisiert und können nicht für die Partei gewonnen werden. Dies ist aber gerade dort notwendig, wenn sich unsere Partei weiterhin als Vertreterin der subalternen Klassen versteht.

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

DIE LINKE. Bremen * Faulenstr. 75 * 28195 Bremen

Landesgeschäftsstelle

Faulenstraße 75

28195 Bremen

Telefon 0421 320 666

Telefax. 0421 320667

info@dielinke-bremen.de

www.dielinke-bremen.de